presse

Koalition stimmt gegen klimafreundliche Landwirtschaft

Zur heutigen Ablehnung des Antrags "Herausforderung Klimawandel - Landwirtschaft 2050" der SPD-Bundestagsfraktion im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz erklärt die zuständige Berichterstatterin der SPD-Bundestagsfraktion Waltraud Wolff:

Heute hat die Regierungskoalition ein Sofortprogramm abgelehnt, mit dem die größten Treibhausgasquellen der Landwirtschaft geschlossen werden könnten. Das ist schlecht für die Umwelt. Eine nachhaltige und klimaschonenede Landwirtschaft spielt bei Schwarz-Gelb keine Rolle, erklärt Waltraud Wolff.

Klimaschutz hat im Handeln der schwarz-gelben Koalition keinen Platz. Heute haben Union und FDP im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz ein Sofortprogramm abgelehnt, mit dem die größten Treibhausgasquellen der Landwirtschaft geschlossen werden könnten. Statt sich für eine nachhaltigere und klimaschonendere Landwirtschaft einzusetzen, bleibt die Koalition rückwärtsgewandt.

Union und FDP ignorieren den Anteil der Landwirtschaft am Ausstoß von Treibhausgasen. Landwirtschaftliche Produktion ist aber nicht klimaneutral. Die Trockenlegung von Sümpfen und Mooren zur landwirtschaftlichen Nutzung, die Abholzung von tropischen, subtropischen und borealen Wäldern, der Umbruch von Grünland und Brachflächen, der intensive Ackerbau mit engen Fruchtfolgen und Monokulturen, der starke Einsatz von synthetischen Düngemitteln und die intensive Tierhaltung tragen nachweislich zum Klimawandel bei.

Deswegen fordern wir in unserem Antrag "Herausforderung Klimawandel - Landwirtschaft 2050" die größten Treibhausgasquellen der Landwirtschaft mit einem Sofortprogramm zu schließen. Es gilt den Grünlandumbruch zu unterbinden und die Stickstoffüberschüsse zu begrenzen. Zwingend ist weiterhin

die Festlegung konkreter Reduktionsziele für die Landwirtschaft.

Es ist Zeit zu handeln. Wir wollen den Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur auf höchstens zwei Grad Celsius begrenzen. Für Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft wird selbst dieser Anstieg erhebliche Auswirkungen haben.

Gerade die Agrarpolitik muss auf das Erreichen der Klimaziele drängen. Sie muss notwendige Maßnahmen zur Reduzierung der durch Nahrungsmittel- und Biomasseproduktion induzierten Emissionen ergreifen.